

Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim

10.01.2011 – Hubert Zimmermann: EU-China: Eine strategische Partnerschaft?
(Marburg)

Es gilt das gesprochene Wort!

Das Verhältnis der EU zum Aufstieg Chinas wird wie kaum ein anderes Thema der europäischen Außenpolitik ähnlich kontrovers diskutiert. Dabei überwiegen alarmierende Stimmen, die der EU aufgrund ihres mangelnden Zusammenhalts und der kritischen wirtschaftlichen Entwicklung nicht zutrauen, sich gegenüber dem immer selbstbewussteren Riesen aus dem Fernen Osten zu behaupten. Die EU selbst ist mit China eine sogenannte „strategische Partnerschaft“ eingegangen, die allerdings erst noch mit Inhalten gefüllt werden muss. Wird aber eine wirkliche Partnerschaft möglich sein? Sind die Ängste übertrieben? Verfügt die EU über genügend Ressourcen, um als Kooperationspartner auf gleicher Augenhöhe mit China zu verhandeln? Diese Fragen beantwortet im folgenden Vortrag Prof. Dr. Hubert Zimmermann von der Philipps-Universität Marburg.

Professor Dr. Zimmermann studierte 1985-92 Neuere und Mittelalterliche Geschichte, Politische Wissenschaft und Amerikanistik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. 1992-1997 hatte er ein Promotionsstipendium am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz inne. Zimmermann habilitierte sich 2005 in der Fakultät für Sozialwissenschaft in Bochum, während er gleichzeitig bereits (2003-2008) als Visiting Associate Professor der Cornell University tätig war. 2009 nahm er einen Ruf der Philipps-Universität Marburg auf einen Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an. Seine Publikationen sind breit gefächert: Sie behandeln Fragen der Geldpolitik, Sicherheitsfragen und solche strategischer Partnerschaften (insbesondere Deutschlands, Großbritanniens, der USA und Chinas).

Weitere Informationen zum Referenten finden sich unter:

[http://www.uni-](http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/institut/lehrende/zimmermann/index_html)

[marburg.de/fb03/politikwissenschaft/institut/lehrende/zimmermann/index_html](http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/institut/lehrende/zimmermann/index_html)

Das Thema „EU-China – eine strategische Partnerschaft“ sei sehr aktuell, beginnt Zimmermann seine Ausführungen. Gerade hat der derzeitige Vizepremier und voraussichtlich folgende Premierminister der Volksrepublik China, Li Keqiang, Europa besucht. Zwar sprach er in zahlreichen nationalen Hauptstädten vor, nicht jedoch in Brüssel.

Die deutschen Publizisten schüren bezüglich Chinas seit längerer Zeit Ängste, indem sie suggerieren, dass sich China aufgrund seiner demographischen und finanziellen Macht bald rücksichtslos den Weltmarkt unterwerfen werde – zu Lasten auch der EU. Der Redner jedoch möchte diese Sorgen etwas relativieren. Er sieht die Chinesen in den europäischen Medien diskriminiert und vermutet hinter vielen Veröffentlichungen ein latent autoritäres Politikverständnis nach dem Motto: „Die Chinesen marschieren geschlossen und haben Erfolg. Wir sollten das auch tun.“ Zwar sei Chinas Haltung mittlerweile für politische Entscheidungen der EU durchaus von Belang, doch sei sie nicht, betont Zimmermann, entscheidend. Dies führt ihn direkt zum Terminus der „strategischen Partnerschaft“, die zwischen EU und China bestehe. Der Begriff fiel erstmals 1998, und zwar in Bezug auf Russland. Gemeint war hier eine an bestimmte Voraussetzungen geknüpfte Partnerschaft, d.h. konkreter an die Bedingung, dass

gewisse Werte und Normen von beiden Partnern geteilt würden. Kürzlich ist die Debatte über deren Inhalte neu entflammt, als Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, äußerte: „Wir haben strategische Partner. Nun benötigen wir eine Strategie.“

Grundsätzlich bedeutet eine strategische Partnerschaft enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Koordination auf Augenhöhe. Inhaltliche Definitionen allgemeiner Art scheinen aufgrund der starken Unterschiede der Partner hingegen nicht möglich. Was die strategische Partnerschaft der EU mit China betrifft, steht die EU China durchaus nicht wehrlos gegenüber, versichert Zimmermann.

Um dies näher zu erläutern, analysiert der Referent im Folgenden das Verhältnis beider Partner genauer. Zunächst wendet er sich hierbei der Frage zu, ob die strategische Partnerschaft EU-China für strategische Partnerschaften ein Musterbeispiel abgibt.

Auf dem kürzlichen Gipfeltreffen beider, konstatiert Zimmermann, herrschte eine kühle Atmosphäre vor. Dies zeigte, wie tief die Kluft zwischen den „Partnern“ tatsächlich sei. Im Grunde müsse man eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und China als illusorisch bezeichnen.

Die diplomatischen Beziehungen bestehen seit 1975. Seitdem suchen die EU-Staaten einen Konsens mit der Volksrepublik, was zu einem sehr dichten Beziehungsnetz, v.a. wirtschaftlicher Art, geführt hat – allerdings auch zu wiederholten Enttäuschungen: In der Klimapolitik oder auch in der Tibet-Frage besteht weiterhin Konfliktpotential. Ohne – wie in den Medien oft der Fall – unterschwellig einem politischen Autoritarismus das Wort reden zu wollen, ist jedoch offensichtlich, so Zimmermann, dass das Einstimmigkeitsprinzip der EU sich bisweilen nachteilig im Konflikt mit China auswirke. Langwierige Debatten machen schnelle Reaktionen unmöglich. Auch müsse man bedenken, dass z.Zt. 50 sektorale Dialoge der EU mit China geführt würden, hinzu kämen solche einzelner Mitgliedstaaten, was eine enge Abstimmung um so schwieriger gestalte. Zentral sind zwischen EU und China zweifellos die Wirtschaftsbeziehungen: Während die EU der größte Handelspartner der VR China ist, stellt China immerhin den zweitgrößten Handelspartner der EU dar.

Allerdings bestehen noch gravierende Handelshindernisse, denen sich der Referent nun zuwendet. China ist 2001 der Welthandelsorganisation WTO beigetreten. Dennoch sind Produktpiraterie, rechtliche Unsicherheiten auf lokaler Ebene sowie Marktbehinderungen noch immer ein Problem. China, so Zimmermann, sei eben doch nicht so homogen, wie es oft dargestellt werde. Allerdings gefährde die illegale chinesische Konkurrenz beispielsweise die italienische Schuh- oder die spanische Textilindustrie existenziell. Hier liegen u.a. auch die Gründe dafür, dass Chinas Wirtschaft seitens der EU noch immer nicht als Marktwirtschaft anerkannt wird. Eine solche Anerkennung hätte weitreichende rechtliche Konsequenzen, durch die die EU-Wirtschaft weiter ins Hintertreffen geriete.

„Währungsdumping“ ist das nächste Schlagwort, auf das hier eingegangen werden müsse. Die Währungsreserven der VR China belaufen sich auf 2,65 Bio US \$. Wiederholte Forderungen der EU nach Aufwertung des Yuan, zuletzt auf dem Gipfeltreffen im Oktober 2010 vorgetragen, wurden abgelehnt. Auch dies trug zur frostigen Atmosphäre zwischen den ‚Partnern‘ bei.

Andererseits erweist sich China jedoch auch als wichtige Stütze des Euro. Chinesische Investitionen in Anleihen solcher EU-Staaten, deren Wirtschaft in Schwierigkeiten geraten ist (Griechenland, Portugal, Spanien), sind ein wichtiges Signal. Vor allem in strategischen Branchen (Häfen) engagiert sich die Volksrepublik.

Zimmermann vermutet als Motive die Begegnung der Kritik an Chinas Währungspolitik, ein Mittel der Inflationsbekämpfung, die Absicherung eigener Euro-Reserven, die Mehrung des politischen Einflusses auf die EU sowie natürlich wirtschaftlichen Profit. Besonders der wachsende politische Einfluss Chinas auf die EU führt jedoch zu Missstimmungen innerhalb der strategische Partnerschaft. Im Folgenden wendet sich Zimmermann den Bereichen „Klima und Umwelt“ zu. China hat zweifellos massive Umweltprobleme. Die EU andererseits ist in Bezug auf Umweltschutz und umweltfreundliche Technologien weltweit führend. Wenn China auch internationale Verpflichtungen verweigert, ist in seiner politischen Führung das Bewusstsein durchgedrungen, dass der Energieverbrauch reduziert werden muss. Dies ist bereits in erheblichem Maß geschehen. Möglicherweise hat die EU hier tatsächlich positiven Einfluss ausüben können. Auf Klimagipfeln jedoch schließt sich China unter Verweis auf den eigenen Status als „Entwicklungsland“ den EU-Positionen (noch) nicht an, um sich nicht beschränken zu müssen. Was entsprechende Kooperationen in der UNO angeht, so der Redner, ist China ebenfalls nur zu ca. 50% auf seiten der EU.

Ein besonders ernstzunehmender Streitfall betrifft die Menschenrechte. Immer wieder verhängt die VR China aufgrund entsprechender Kritik, die als Einmischung in innere Angelegenheiten empfunden werden, Strafmaßnahmen gegen einzelne EU-Staaten (so geschehen z.B. gegen Deutschland und Dänemark). Weder ist eine innere Liberalisierung in dieser Frage erkennbar, noch unterstützt China extern Menschenrechtsprinzipien – etwa im Sudan oder in Myanmar. China verfolgt das Prinzip der politischen Nichteinmischung, lässt aber andererseits auch keine Einflussnahmen in seine Angelegenheiten zu.

Ein weiterer Streitpunkt besteht im Waffenembargo, das seit 1989 über die VR China verhängt ist. Hier besteht mittlerweile Uneinigkeit innerhalb der EU-Staatengemeinschaft. Der Druck wächst, das Embargo aufzuheben (Ashton plädierte noch am 17.12.2010 für die Aufhebung), doch die USA üben ihrerseits Druck in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Embargos aus.

Als letzten Punkt mit Konfliktpotential benennt Zimmermann das chinesische Engagement auf dem afrikanischen Kontinent. Zwar sei das EU-Wirtschaftsvolumen hinsichtlich Afrikas noch deutlich höher als das chinesische, doch während das Wachstum desselben in den letzten Jahren bei der EU bei 6% liege, betrage das chinesische 30%. Die EU pocht auch hier bei ihren Handelspartnern auf politische Konditionalität (was dazu führt, dass der Handel mit dem Sudan und Zimbabwe beispielsweise gestört ist), die chinesische Führung hingegen kennt solche Bedenken nicht. Vor allem hinsichtlich der Energieressourcen ist die Konkurrenz hart. Auch hier, so Zimmermann, müsse man feststellen, dass sich China, dessen Ruf in Afrika bereits gelitten habe, sich nicht immer durchsetze. Während China vornehmlich in Infrastruktur investiere, tue die EU dies verstärkt auch im sozialen Bereich, was in Afrika durchaus anerkannt werde.

Die strategische Partnerschaft zwischen der EU und China sei also ein Trugbild, resümiert Zimmermann. Die internen politischen Philosophien der Partner-Kontrahenten seien schlicht zu unterschiedlich, als dass sie auf einen Nenner zu bringen wären. China besteht auf uneingeschränkte nationale Souveränität, was die EU aufgrund ihrer Struktur gerade zu bekämpfen sucht. Weiter ließe sich zusammenfassen, dass die beiden „Partner“ zu groß und damit auch nicht kohärent genug für eine enge Abstimmung seien. Dies gilt vor allem für die EU, in geringerem Maß jedoch auch für die Volksrepublik, die eben doch nicht so homogen sei, wie sie selbst und wie westliche Medien oft behaupten. Auch die Balance zu anderen

Partnern, den USA vor allem, sei schwierig. Dass – von partiellen Verständigungsmöglichkeiten abgesehen – eine große gemeinsame Gesamtstrategie der EU und Chinas Wirklichkeit würde, hält Zimmermann daher für unwahrscheinlich, und die Verantwortung, betont er nochmals, liege nicht allein am „chinesischen Großmachtstreben“.

In der anschließenden regen Diskussion zu diesem aktuellen Thema wies Zimmermann differenzierend darauf hin, dass es zwar zuträfe, dass China sich bei seinen Handelspartnern politisch nicht einmische, aber auch dieses Prinzip werde nicht in jedem Fall konsequent verfolgt. Auch die Volksrepublik habe beispielsweise an einer Weiterverbreitung von Atomwaffen kein Interesse.

Ein Hörer stellte die Frage, wer denn nach Ansicht des Referenten die Zeche für die hohen Schulden der USA bei China zahlen werde. – Zimmermann vermutete, dass dies wahrscheinlich China sei, da die USA im Zweifelsfall ihre Schulden „weginflationieren“ könnten. Dies sei wohl einer der Gründe dafür, dass China verstärkt Euro-Reserven kaufe und diese Währung auch stütze.